

Substanzielles Protokoll 159. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 9. Januar 2013, 17.00 Uhr bis 20.00 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 117 Mitglieder

Abwesend: Linda Bär (SP), Andreas Edelmann (SP), Monika Erfigen (SVP), Joachim Hagger (FDP), Guido Hüni (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Michael Schmid (FDP), Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2012/412](#) Eintritt von Duri Beer (SP) anstelle der zurückgetretenen Mirella Wepf (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014
3. [2010/160](#) Schulkommission für die Fachschule Viventa, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Lydia Corso (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014
4. [2012/467](#) * Weisung vom 12.12.2012: Pflegezentren, Aufnahme in den Anhang der Verordnung über die Haushaltführung mit Globalbudgets vom 24. März 2010 und Anwendung des Produktgruppen-Globalbudgets ab Budget 2014 VGU
5. [2012/468](#) * Weisung vom 12.12.2012: Altersheime, Aufnahme in den Anhang der Verordnung über die Haushaltführung mit Globalbudgets vom 24. März 2010 und Anwendung des Produktgruppen-Globalbudgets ab Budget 2014 VGU
6. [2012/486](#) * Weisung vom 12.12.2012: Zürcher Fachstelle für Alkoholprobleme, Beiträge 2013–2016 VS
7. [2012/491](#) * Weisung vom 19.12.2012: Motion der AL-Fraktion betreffend kommunaler Richtplan für öffentliche Bauten, Erlass, Bericht und Abschreibung VHB

- | | | | | |
|-----|---------------------------------|--------|--|-----|
| 8. | <u>2012/442</u> | *
E | Postulat der FDP-Fraktion vom 28.11.2012:
Auflistung der ökologischen, energetischen und wirtschaftlichen Vor- und Nachteile verschiedener Gebäudestandards bei der Erstellung sowie beim Betrieb eines Bauobjektes | VHB |
| 9. | <u>2012/363</u> | | Weisung vom 03.10.2012:
Rechnung 2012, Trimesterbericht II/2012 zu den Globalbudgets | FV |
| 10. | <u>2012/355</u> | | Weisung vom 26.09.2012:
Elektrizitätswerk, Mitgliedschaft beim Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen, Bewilligung jährlich wiederkehrender Ausgaben | VIB |
| 11. | <u>2012/452</u> | E/A | Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Andreas Edelmann (SP) vom 05.12.2012:
Gründung eines neuen Verbands der fortschrittlichen Elektrizitätswerke zur raschen Umsetzung der Energiewende | VIB |
| 12. | <u>2012/193</u> | | Weisung vom 09.05.2012:
Postulat von Dr. Ueli Nagel (Grüne), Uschi Heinrich (SP) und fünf Mitunterzeichnenden betreffend Öko-Business-Plan für Zürcher KMU, Förderung von Pilotprojekten, Abschreibung | VGU |
| 13. | <u>2012/243</u> | | Weisung vom 13.06.2012:
Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Dr. Ueli Nagel (Grüne) betreffend Alterskonzept der Stadt Zürich | VGU |
| 14. | <u>2012/482</u> | E | Postulat von Andrea Hochreutener (SP) und Jürg Ammann (Grüne) vom 12.12.2012:
Altersstrategie der Stadt, Berücksichtigung zusätzlicher Wirkungsbereiche der Stadtverwaltung | VGU |
| 15. | <u>2012/354</u> | | Weisung vom 26.09.2012:
Postulat von Bastien Girod (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, Bericht und Abschreibung | VGU |
| 16. | <u>2010/151</u> | A/P | Motion von Richard Rabelbauer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 07.04.2010:
Erlass einer Verordnung zur Förderung umweltschonender und emissionsarmer Fahrzeuge in der Stadt Zürich | VGU |
| 17. | <u>2010/186</u> | A/P | Motion von Marcel Z'graggen (CVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 14.04.2010:
Erhöhung der Anzahl Ausbildungsplätze im Bereich Fachangestellte Gesundheit (FaGe) | VGU |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

**3463. 2012/498
Ratsmitglied Daniel Meier (CVP); Rücktritt**

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Daniel Meier (CVP 11) auf den 9. Januar 2013 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

Geschäfte

**3464. 2012/412
Eintritt von Duri Beer (SP) anstelle der zurückgetretenen Mirella Wepf (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014**

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 21. November 2012 anstelle von Mirella Wepf (SP 3) mit Wirkung ab 20. Dezember 2012 für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 als gewählt erklärt:

Duri Beer (SP 3), Politischer Sekretär, geboren am 29. Mai 1974, von Tujetsch/GR, Gutstrasse 113, 8055 Zürich

**3465. 2010/160
Schulkommission für die Fachschule Viventa, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Lydia Corso (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014**

Es wird mit Wirkung ab 9. Januar 2013 gewählt:

Maya Knüsel (SVP)
Agnesstrasse 8, 8004 Zürich

Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte

**3466. 2012/467
Weisung vom 12.12.2012:
Pflegezentren, Aufnahme in den Anhang der Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudgets vom 24. März 2010 und Anwendung des Produktgruppen-Globalbudgets ab Budget 2014**

Die Zuweisung an die SK GUD gemäss Antrag des Stadtrats war an der Bürositzung vom 7. Januar 2013 umstritten.

Martin Abele (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Antrag auf Zuweisung an die RPK: Die Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudgets ist damals auch schon von der RPK beraten worden. In dieser Verordnung wurde festgelegt, welche Dienstabteilungen als Verwaltungszweige mit Produktgruppen-Globalbudgets geführt

werden. Diese Liste soll nun entsprechend ergänzt werden. Es ist jetzt nur logisch und effizient, dass wieder die RPK darüber berät. Zum einen, weil sie sich im Budget- und Rechnungsprozess intensiv mit den beiden REMO-Budgets der Altersheim- und Pflegezentren und den acht heutigen Globalbudgets beschäftigt. Aber auch, weil diese Weisung bis Ende 2013 vom Gemeinderat verabschiedet werden soll, damit sie im Jahr darauf wirksam wird.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Es gibt zwei Fragen zu beurteilen. Einerseits, ob man weitere Dienstabteilungen in das Globalbudget mit hinein nimmt. Andererseits, wie das Globalbudget dann ausgestaltet wird. Die Frage, ob wir zum jetzigen Zeitpunkt weitere Dienstabteilungen im Globalbudget haben wollen, wiegt jedoch schwerer. Wir werden dem Antrag zustimmen, aber erst prüfen, ob der Weg richtig ist.*

Joe A. Manser (SP): *In bestimmten Bereichen machen die Globalbudgets Sinn, z. B. bei den Stadtspitälern. Wir müssen dies sachlich diskutieren und nicht von einem finanzpolitischen Standpunkt aus. Der Antrag des Stadtrats ist deshalb richtig.*

Der Rat lehnt den Antrag der Grüne-Fraktion mit 45 gegen 72 Stimmen ab.

Damit ist das Geschäft der SK GUD überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3467. 2012/468

Weisung vom 12.12.2012:

Altersheime, Aufnahme in den Anhang der Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudgets vom 24. März 2010 und Anwendung des Produktgruppen-Globalbudgets ab Budget 2014

Die Zuweisung an die SK GUD gemäss Antrag des Stadtrats war an der Bürositzung vom 7. Januar 2013 umstritten.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2012/467 (Beschluss-Nr. 3466/2012).

Martin Abele (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Antrag auf Zuweisung an die RPK.

Der Rat lehnt den Antrag der Grüne-Fraktion mit 45 gegen 70 Stimmen ab.

Damit ist das Geschäft der SK GUD überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3468. 2012/486

Weisung vom 12.12.2012:

Zürcher Fachstelle für Alkoholprobleme, Beiträge 2013–2016

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 7. Januar 2013

3469. 2012/491

Weisung vom 19.12.2012:

Motion der AL-Fraktion betreffend kommunaler Richtplan für öffentliche Bauten, Erlass, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 7. Januar 2013

3470. 2012/442

Postulat der FDP-Fraktion vom 28.11.2012:

Auflistung der ökologischen, energetischen und wirtschaftlichen Vor- und Nachteile verschiedener Gebäudestandards bei der Erstellung sowie beim Betrieb eines Bauobjektes

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3471. 2012/363

Weisung vom 03.10.2012:

Rechnung 2012, Trimesterbericht II/2012 zu den Globalbudgets

Antrag des Stadtrats

Die Trimesterberichte per 31. August 2012 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Samuel Dubno (GLP): *Die Fragen sind zur Zufriedenheit der RPK-Mehrheit beantwortet worden und deshalb beantragt sie, die Trimesterberichte zur Kenntnis zu nehmen.*

Kommissionsminderheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Uns haben hier einige Dinge gestört. Unter anderem der nicht gerade glänzende Auftritt des Museums Rietberg. Im Trimesterbericht sollte der Puls zu spüren sein, was man erreichen will: Begeisterung und eine Perspektive. Wir spüren beim Rietberg jedoch nur ein Ausruhen auf den 85 000 Besucher, die dank der Sonderausstellungen im 2012 erreicht wurden. Auch beim Stadtspital Waid sollte der Druck erhöht werden, wenn im Triemli besser gearbeitet wird. Bei der ewz monieren wir die gezwungene Gewinnablieferung an die Stadtkasse. Wir empfehlen ihnen deshalb die Ablehnung des Trimesterberichts.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Ich bitte um eine Erklärung, ob die Globalbudgets Triemli und Waid überhaupt abnehmbar sind?*

Samuel Dubno (GLP): *In der RPK hätte man durchaus Fragen stellen können. Wer mehr wissen will, bevor er etwas ablehnt, sollte dies nicht auf den Rat vertagen.*

Roger Liebi (SVP): *Meistens kostet uns das Museum Rietberg pro zusätzliche Besucher proportional mehr und dafür müssen wir keine neuen Fragen mehr stellen. Es geht einfach in die falsche Richtung. Tatsächlich ist eine ziemliche Divergenz da, angesichts des Resultats und des Umgangs mit den Fallpauschalen bei den beiden Stadtspitälern.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt ablehnende Kenntnisnahme des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Samuel Dubno (GLP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Trimesterberichte per 31. August 2012 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. Januar 2013 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung.

3472. 2012/355

Weisung vom 26.09.2012:

Elektrizitätswerk, Mitgliedschaft beim Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen, Bewilligung jährlich wiederkehrender Ausgaben

Antrag des Stadtrats

Für die Mitgliedschaft beim Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen werden jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von maximal Fr. 200 000.– zuzüglich Mehrwertsteuer bewilligt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferentin:

Helen Glaser (SP): *Das ewz ist Mitglied dieses Verbands seit Gründung und auch im Vorstand vertreten. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) ist der wichtigste Branchenverband für die Elektrizitätswirtschaft in der Schweiz. Er ist aktiv im Bereich der Berufsbildung und fördert einheitliche Standards sowie Normen im liberalisierten Markt. Die Mitgliedschaft sichert dem ewz ein Mitspracherecht, wichtige Informationen im Bereich der Marktentwicklung und Einfluss auf politische Entscheide. Auch wenn sich die politischen Positionen vom VSE nicht immer mit dem energiepolitischen Ziel der Stadt decken, ist es wichtig, dass das ewz weiterhin Mitglied bleibt.*

Schlussabstimmung

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Helen Glaser (SP), Referentin; Präsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Martin Bürlimann (SVP), Joachim Hagger (FDP), Theo Hauri (SVP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne), Philipp Käser (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Bernhard Piller (Grüne), Michel Urben (SP), Mirella Wepf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 111 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Mitgliedschaft beim Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen werden jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von maximal Fr. 200 000.– zuzüglich Mehrwertsteuer bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. Januar 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 15. Februar 2013)

3473. 2012/452

Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Andreas Edelmann (SP) vom 05.12.2012: Gründung eines neuen Verbandes der fortschrittlichen Elektrizitätswerke zur raschen Umsetzung der Energiewende

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Bernhard Piller (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3380/2012): Während das ewz sich für eine Energiewende ausspricht, hängt der VSE noch immer der AKW-Strategie nach. Das ewz hat durch die Mitgliedschaft zwar die Möglichkeit, seine eigene Pro-Energie-Wende dort einzubringen, jedoch befindet es sich immer in der Minderheit beim VSE. Der Stadtrat soll deshalb die Option prüfen, einen alternativen Verband zu gründen. Damit könnte auch Druck von aussen ausgeübt werden.

Heinz Schatt (SVP) begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. Dezember 2012 gestellten Ablehnungsantrag: Laut den Grünen ist der VSE in Ordnung, vertritt aber leider nicht die reine, grüne Ideologie. Die vielfach beschworene Energiewende ist aber nicht so schnell realisierbar und wird nicht wahrer, wenn man sie immer wieder wiederholt. Die ideale Welt kann nicht nur mit erneuerbarer Energie geschaffen werden. Die Mitgliedschaft beim VSE reicht vollkommen aus.

Weitere Wortmeldungen:

Gian von Planta (GLP): Der VSE ist dominiert von den Überlandwerken und die sind geprägt durch die Atomlobby. Das ist spürbar in der Arbeit vom VSE. Die Gründung eines neuen Verbandes ist aber nicht zielführend. Insbesondere deshalb nicht, weil das, was gefordert wird, heute schon existiert. Wir haben mit Swissspower schon einen Verband, der sich für den Atomausstieg ausspricht und durch fortschrittliche Stadtwerke gebildet ist. Das ewz war dort Mitglied und trat aus, weil die Swissspower sehr viele Dienstleistungen anbietet, die das ewz nicht braucht. Die Swissspower hat daraus gelernt und sich in vier Gesellschaften aufgeteilt. Die eigentliche Hauptgesellschaft, die sich politisch engagiert, ist neu separat. Das ewz soll sich dort doch wieder einbringen, wenn

es sich im VSE nicht durchsetzen kann. Wir beantragen deshalb eine entsprechende Textänderung.

Alexander Jäger (FDP): Einen zweiten Verband braucht es nicht. Der VSE hat politisch nicht soviel zu melden. Der Bund wird demnächst über die Energiestrategie 2050 entscheiden, in diese Richtung muss dann auch der VSE hinarbeiten.

Dr. Martin Mächler (EVP): Die Stadt kann das machen, wenn es um den eigenen Energieverbrauch geht. Dass sie einen neuen Verband gründet, ist nicht sinnvoll. Wir können die Energiewende nicht allein herbeiführen, das muss schweizweit passieren. Deshalb müsste so etwas im grösseren Stil passieren. Die Textänderung finden wir hingegen interessant.

Helen Glaser (SP): Wir nehmen die Textänderung nicht an. Wir wissen vom ewz, dass es nicht zurück zur Swisspower will. Ich bitte sie deshalb um Unterstützung des Postulats.

Roger Tognella (FDP): Der VSE hat aufgerüstet in der Frage, wie man jungen Leuten den Energieverbrauch näher bringt. Es gibt aber auch gute Gründe, warum man die Textänderung nicht gutheissen kann. Es gibt einen grundlegenden Unterschied zwischen einem Verband wie dem VSE und einer Vertriebsgesellschaft wie der Swisspower. In Sachen Energiedienstleistungen – die das ewz wie auch die Swisspower anbieten – geht es kartellrechtlich nicht, dass man irgendwo mitwirkt, wo man sich konkurrenziert.

Christian Traber (CVP): Die Grünen fordern keinen Austritt aus dem VSE, sondern eine Ergänzung. Nichtsdestotrotz lehnen wir den Vorstoss ab. Wir tragen die Sachen mit, die das Städtzürcher Volk beschliesst und auf eidgenössischer Ebene unsere Bundesrätin vorschlägt. Der VSE muss sich kurz- und mittelfristig sowieso wandeln, deshalb benötigt es keinen neuen Verband.

Bernhard Piller (Grüne): Der VSE ist ein Monopolverband. Ich kann nicht verstehen, dass die FDP sich gegen einen Konkurrenzverband ausspricht, der den Markt beleben würde. Dem Textänderungsantrag können wir nicht zustimmen, die Forderung ist sachfremd. Es geht darum einen politischen Lobbyverband zu gründen und nicht um eine Vermarktungsplattform. Die Swisspower ist eine Aktiengesellschaft, das ist etwas völlig anderes, als wir wollen.

Das Postulat wird mit 56 gegen 60 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3474. 2012/193

Weisung vom 09.05.2012:

Postulat von Dr. Ueli Nagel (Grüne), Uschi Heinrich (SP) und fünf Mitunterzeichnenden betreffend Öko-Business-Plan für Zürcher KMU, Förderung von Pilotprojekten, Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht zur «Förderung der regionalen Kreislaufwirtschaft im Zusammenhang mit dem Öko-Kompass» wird Kenntnis genommen.

2. Das Postulat, GR Nr. 2009/17, von Ueli Nagel (Grüne) und Uschi Heinrich (SP) vom 7. Januar 2009 betreffend «Förderung der regionalen Kreislaufwirtschaft im Zusammenhang mit dem Öko-Kompass» wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Maleica Landolt (GLP): Der Öko-Kompass informiert über Beratungskanäle bezüglich Gebäude, Mobilität, Material und Qualität. Verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten vom Bund, Kanton, Beiträge aus der Klimastiftung oder Umweltkredite, können bei der Finanzierung von konkreten Umsetzungsmassnahmen mithelfen. Mittels persönlicher, betriebsbezogener Beratung der KMU's, konnte der Öko-Kompass schon pragmatische Lösungen im Bereich Mobilität sowie Beschaffung und Entsorgung bewegen. Dies unterstützt das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft, weshalb wir der Abschreibung des Postulats zustimmen.

Kommissionsminderheit:

Tamara Lauber (FDP): Der Bericht soll abgelehnt werden, weil er vor allem eine Rechtfertigung für den Öko-Kompass ist. Das ist aber nicht die Antwort auf das Postulat. Es wird nicht erwähnt, wie viel Firmen konkret Beratung in Anspruch genommen haben und ob dies etwas bewirkt hat. Interessant wäre auch gewesen, ob ein Schwerpunkt auch auf die Neuansiedlung von Unternehmen gelegt wird. Ob solche Betriebe mehr Potenzial hätten, wenn von Anfang an solche Punkte, wie der Öko-Kompass sie fordert, aufgenommen würden, statt immer nur nachzurüsten.

Weitere Wortmeldungen:

Marina Garzotto (SVP): Die Weisung wurde uns in der Kommission sehr kompliziert vorgestellt. Man kann Ökologie nicht allgemein beschreiben und fördern. Jedes KMU in Zürich schaut selber, dass seine Unkosten möglichst tief sind und so wenig Abfälle und Umwege gemacht werden wie möglich.

Marc Bourgeois (FDP): Für meine eigene Firma habe ich die Beratung in Anspruch genommen. Diese kostet mehr als 500 Franken und die Resultate beinhalten fünf Verbesserungsvorschläge: Meine Mitarbeiter sollen einen Eco-Drive-Kurs besuchen, doch sie kommen alle mit den ÖV und es sind auch noch nie Mitarbeiter mit dem Auto zu Kunden gefahren. Dann soll man auf Recycling-Papier wechseln, was wir schon vorher gemacht haben. Druckvorgänge nur noch auf Schwarz-Weiss durchführen: Auch das war bei uns bereits Standard. Der nächste Punkt ist: Auf die Beteiligungen an myclimate achten, was unser grösster Kunde ebenfalls schon abdeckt. Dem fünften Vorschlag, den Strombezug zu evaluieren, kommen wir auch laufend nach. Die Lösung muss heissen, den Öko-Kompass abzuschaffen.

Alexander Jäger (FDP): Wenn man die regionale Kreislaufwirtschaft fördern und den Abfall wiederverwerten will, schaut man eher, wie man einen Anreiz bilden kann für die privaten Entsorgungsunternehmen, dass nicht alles in der KVA entsorgt wird.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Vielleicht ist es auch relativ schwierig, den Kreislauf innerhalb der Stadt und auf dem Gebiet der Stadt zu schliessen. Deshalb bedanke ich mich, wenn das Postulat abgeschrieben wird.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

Vom Bericht zur «Förderung der regionalen Kreislaufwirtschaft im Zusammenhang mit dem Öko-Kompass» wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin; Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Petek Altinay (SP), Jürg Ammann (Grüne), Andrea Hochreutener (SP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Joe A. Manser (SP), Marcel Savarioud (SP) i.V. von Uschi Heinrich (SP)
Minderheit:	Alexander Jäger (FDP) i.V. von Tamara Lauber (FDP), Referentin; Marina Garzotto (SVP), Rolf Müller (SVP)
Abwesend:	Marianne Dubs Früh (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 38 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung:	Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin; Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Petek Altinay (SP), Jürg Ammann (Grüne), Marina Garzotto (SVP), Andrea Hochreutener (SP), Guido Hüni (GLP), Alexander Jäger (FDP) i.V. von Tamara Lauber (FDP), Andreas Kirstein (AL), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Marcel Savarioud (SP) i.V. von Uschi Heinrich (SP)
Abwesend:	Marianne Dubs Früh (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht zur «Förderung der regionalen Kreislaufwirtschaft im Zusammenhang mit dem Öko-Kompass» wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2009/17, von Ueli Nagel (Grüne) und Uschi Heinrich (SP) vom 7. Januar 2009 betreffend «Förderung der regionalen Kreislaufwirtschaft im Zusammenhang mit dem Öko-Kompass» wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. Januar 2013

3475. 2012/243

Weisung vom 13.06.2012:

Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Dr. Ueli Nagel (Grüne) betreffend Alterskonzept der Stadt Zürich

Antrag des Stadtrats

1. Von der Altersstrategie der Stadt Zürich wird gemäss Beilage Kenntnis genommen.
2. Das Postulat GR Nr. 2009/113 von Gabriele Kisker (Grüne) und Dr. Ueli Nagel (Grüne) betreffend Alterskonzept wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferentin:

Maleica Landolt (GLP): *Das Alterskonzept aus dem Jahr 2001 sollte vom Stadtrat geprüft und ergänzt werden, damit die neuesten finanziellen Entwicklungen berücksichtigt werden können. Die Angebote, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind, haben sich weiterentwickelt und den neuesten Bedürfnissen immer wieder angepasst. Diese gilt es zu halten und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Damit Menschen in einem hohen Alter solange wie möglich autonom leben können, sollen die Beratungen, Informationen und Angebote ausgebaut werden. Damit diese gut gewährleistet werden können, ist qualifiziertes Personal zu halten und neu dazuzugewinnen. Die Kommission unterstützt einstimmig die Altersstrategie und das Postulat kann als erledigt abgeschrieben werden.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Es ist eine der gesellschaftspolitisch wichtigsten Fragen, wie wir in den nächsten Jahren mit den älteren Menschen umgehen, wo ihre Freiheit anfängt oder aufhört und wo wir sie gut in ihren eigenen Entscheiden unterstützen können. Die Veränderungen sind gross, nicht nur im Gesundheitssystem und bei der Finanzierung, sondern auch bei der Bevölkerungsgruppe selber, die immer heterogener wird. Wie passen wir unser Angebot den Bedürfnissen in der Zukunft an? Wir arbeiten jetzt schon in den anderen Departementen daran, da muss koordiniert und geschaut werden, was es braucht und was nicht mehr.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin; Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Petek Altinay (SP), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Marina Garzotto (SVP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Andreas Kirstein (AL), Joe A. Manser (SP)
Abwesend: Tamara Lauber (FDP), Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin; Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Petek Altinay (SP), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Marina Garzotto (SVP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Andreas Kirstein (AL), Joe A. Manser (SP)
Abwesend: Tamara Lauber (FDP), Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Von der Altersstrategie der Stadt Zürich wird gemäss Beilage Kenntnis genommen.
2. Das Postulat GR Nr. 2009/113 von Gabriele Kisker (Grüne) und Dr. Ueli Nagel (Grüne) betreffend Alterskonzept wird als erledigt abgeschlossen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. Januar 2013

3476. 2012/482

Postulat von Andrea Hochreutener (SP) und Jürg Ammann (Grüne) vom 12.12.2012:

Altersstrategie der Stadt, Berücksichtigung zusätzlicher Wirkungsbereiche der Stadtverwaltung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Andrea Hochreutener (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3412/2012): In allen Bereichen der Stadtverwaltung soll geprüft werden, wo das Thema Alter eine Rolle spielt. Bei der Mobilität ausser Haus, im öffentlichen Raum und auch bei Baubewilligungsverfahren sollte dies relevant sein. Auch Zürich könnte eine altersfreundliche Stadt werden und eine Übersicht entwickeln, die alle Departemente einbezieht.*

***Marina Garzotto (SVP)** begründet den namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag: Alle möglichen Abteilungen der Stadtverwaltung berücksichtigen die Forderungen bereits jetzt. Bei Annahme des Postulats wird auch bald gefordert, dass alle privaten Bauherren sämtliche dieser Massnahmen treffen sollen, was wir nicht wollen. Es gibt auch Menschen ohne Einschränkungen, auch ältere, die in den Wohnungen wohnen sollen, die ihren Ansprüchen gerecht werden. Sie wollen nicht auf Schritt und Tritt daran erinnert werden, dass sie irgendwann diese Freiheiten nicht mehr haben.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

***STR Claudia Nielsen:** Der Stadtrat wird das Postulat entgegennehmen und prüfen. Es geht nicht nur ums Bauen, dort greift schon das Behindertengesetz. Wir gestalten die Parkanlagen altersgerecht, unterstützen ProMobil mit einem jährlichen Beitrag, haben die Niederflurtrams eingeführt, usw. In diese Richtung werden wir weiterdenken.*

Das Postulat wird mit 94 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3477. 2012/354

Weisung vom 26.09.2012:

Postulat von Bastien Girod (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2006/346, von Bastien Girod und Matthias Probst (beide Grüne) vom 16. Juni 2010 betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, wird als erledigt abgeschlossen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Maleica Landolt (GLP): Beim vorliegenden Pilotversuch sollten Schulen und Fachorganisationen den Schwerpunkt im Gefahrenaufzeigen eines übermässigen Konsums setzen und nicht primär das Ziel verfolgen, die Abstinenz von Cannabis durchzusetzen. Eine Arbeitsgruppe der Städte Basel und Zürich hat die Machbarkeit eines gemeinsamen Pilotversuchs überprüft. Ein rechtliches Gutachten ist dabei zum Schluss gekommen, dass ein Versuch im Sinne des vorliegenden Postulats aufgrund des Betäubungsmittelgesetzes unzulässig ist. Eine Modifizierung für einen rechtlich möglichen Versuch, zum Beispiel analog einer ärztlich kontrollierten Heroinabgabe, würde den Absichten der Postulanten nicht mehr entsprechen. Die Stadt stellt deshalb den Antrag zur Abschreibung des Postulats, will aber eine Entkriminalisierung vorantreiben und ein legitimes, nationales Forschungsprojekt unterstützen.

Kommissionsminderheit:

Marina Garzotto (SVP): Wir nehmen den Bericht ablehnend zur Kenntnis. Die Zürcher Bevölkerung sollte nicht zum Drogenkonsum angeleitet werden. Wir sind vor allem nicht einverstanden damit, dass der Stadtrat mit Nachdruck dem Bundesrat angeboten hat, einen nationalen Versuch freiwillig und gern in Zürich durchzuführen. Das Postulat muss als nicht erfüllbar abgeschlossen werden.

Weitere Wortmeldungen:

Tamara Lauber (FDP): Die FDP wird den Bericht zur Kenntnis nehmen. Darin steht aber klar, dass ein wissenschaftlicher Versuch, bei dem Cannabis verkauft wird, unethisch ist. Auch sei das Rauchen von Cannabis keine medizinisch anerkannte, unschädliche Konsumform. Aufgrund des Betäubungsmittelgesetzes ist es ausgeschlossen, Cannabis kontrolliert zu verkaufen, weshalb der Pilotversuch nicht durchführbar ist. Wir sind gegen die Haltung des Stadtrats, dass er die Entkriminalisierung weiterverfolgt. Wir sind der Meinung, dass das Bundesparlament mit der Revision des Betäubungsmittelgesetzes den richtigen Weg eingeschlagen hat. Cannabis ist immer noch eine Droge und soll nicht legal sein.

Matthias Probst (Grüne): Der Stadtrat hat das Postulat bereits erfüllt, weil er es geprüft hat. Die Stossrichtung der Stadt ist richtig, denn ein Verbot von Cannabis ist keine zukunftsweisende Politik. Wir begrüssen es deshalb, dass sich der Stadtrat auf nationaler Ebene für die Entkriminalisierung einsetzt. Wir kommen sonst im Jugendschutz und in der Prävention nicht vorwärts.

Andrea Hochreutener (SP): Die SP stimmt der Weisung zu. Es macht Sinn, bei einer wissenschaftlichen Studie mitzumachen. Gerade im medizinischen Bereich ist es notwendig, Cannabis kontrolliert abzugeben. Es ist gut, wenn die Stadt eine Vorreiterrolle übernimmt und mit anderen Städten bei der Studie mitmacht.

Mauro Tuena (SVP): Es ist ein fatales Zeichen an die Jugend, an vorderster Front zu stehen und gutzuheissen, dass man legal kiffen kann. Zürich soll nicht zum Kiffermekka werden. Im Postulatstext steht zwar, dass sich die Leute registrieren und volljährig sein müssen, doch dadurch wird der Schwarzmarkt nicht zum Verschwinden gebracht. Dann verkauft man die Drogen halt an jene, die sich nicht registriert haben.

Dr. Richard Wolff (AL): Die Diskussion ist völlig anachronistisch. Die Mehrheit der Jugendlichen in der Stadt kiffen. Die Mehrheit der Anwesenden in diesem Rat hat vielleicht auch schon einmal einen Joint geraucht, ausser den Mitgliedern der SVP. Hundert Jahre nach der Erfindung des Autos hätte es sich auch nicht mehr gelohnt, noch die Auswirkungen des Autofahrens zu untersuchen. Haschrauchen ist eine Realität und muss legalisiert werden.

Gerhard Bosshard (EVP): Wir schätzen die Stossrichtung im medizinischen Gebrauch von Cannabis. Es kann aber nicht Aufgabe eines Gemeinwesens sein, den Zugang zu Genussmitteln zu erleichtern.

Karin Weyermann (CVP): Die Stadt kann und soll mit der nationalen Studie durchaus einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion betreffend Cannabiskonsum leisten. Es geht hier aber nicht um die Gesundheit, sondern um eine Verteufelung von Cannabis. Wir werden dem Stadtrat zustimmen.

Samuel Dubno (GLP): Wir stimmen dem Stadtrat ebenfalls zu. Cannabis ist ein Laster und kein Verbrechen. Wenn die SVP schon so rigoros gegen Drogen kämpft, sollte Mauro Tuena vielleicht keine Zigarren mehr rauchen.

Marianne Aubert (SP): Wenn so viele Menschen in der Schweiz kriminalisiert werden durch etwas, worüber wir uns noch nicht einmal einig sind, ob es überhaupt kriminell ist. Wenn sich die Stadt des weiteren die Mühe macht, einen wohlüberlegten Bericht abzugeben, finden wir es geeignet, die Diskussion weiterzuverfolgen, um den ganzen Vorurteilen zu begegnen. Langfristig ist es unser Ziel, dass ein Cannabiskonsum durch Erwachsene erlaubt sein soll.

Dominique Feuille (SP): Gift ist eine Frage vom Mass. Ein Glas Wein macht nicht viel aus, eine Flasche schon eher. Cannabis macht nicht süchtig. Man verteufelt ein Genussmittel mit missionarischem Eifer. Der medizinische Aspekt ist nicht ausser Acht zu lassen, weshalb es gut ist, dass der Stadtrat die engen gesetzlichen Möglichkeiten ausnutzt.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Gerade in so einer aufgeheizten Situation ist es nicht falsch, sich eine solide Faktenlage zu verschaffen. Es gibt noch ungelöste Fragen wie den Jugendschutz, die gesundheitlichen Aspekte, Haftpflichtfragen, wie einen Schwarzmarkt verhindern usw. Nur so kommt man weiter in der Diskussion. Sonst hätten wir jetzt noch eine Situation, wie wir sie auf dem Platzspitz gehabt haben. Warum sollte man sich deshalb nicht überlegen, ob es nicht eine schlauere Lösung gibt als die, die jetzt vorherrscht?

Änderungsantrag zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderung zur Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Andreas Kirstein (AL), Joe A. Manser (SP)
Minderheit: Marina Garzotto (SVP), Referentin; Rolf Müller (SVP)
Enthaltung: Tamara Lauber (FDP)
Abwesend: Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin Mehrheit; Petek Altinay (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 30 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Andreas Kirstein (AL), Tamara Lauber (FDP), Joe A. Manser (SP)
Minderheit: Marina Garzotto (SVP), Referentin; Rolf Müller (SVP)
Abwesend: Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin Mehrheit; Petek Altinay (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 29 Stimmen zu.

Änderungsantrag zur Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderung zur Dispositivziffer 2:

2. Das Postulat, GR Nr. 2006/346, von Bastien Girod und Matthias Probst (beide Grüne) vom 16. Juni 2010 betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, wird als nicht erfüllbar abgeschrieben.

Mehrheit: Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Andreas Kirstein (AL), Tamara Lauber (FDP), Joe A. Manser (SP)
Minderheit: Marina Garzotto (SVP), Referentin; Rolf Müller (SVP)
Abwesend: Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin Mehrheit; Petek Altinay (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 25 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Andreas tein (AL), Tamara Lauber (FDP), Joe A. Manser (SP)
Minderheit:	Marina Garzotto (SVP), Referentin; Rolf Müller (SVP)
Abwesend:	Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin Mehrheit; Petek Altinay (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2006/346, von Bastien Girod und Matthias Probst (beide Grüne) vom 16. Juni 2010 betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. Januar 2013

3478. 2010/151

Motion von Richard Rabelbauer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 07.04.2010:

Erlass einer Verordnung zur Förderung umweltschonender und emissionsarmer Fahrzeuge in der Stadt Zürich

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Martin Mächler (EVP) überträgt die Begründung der Motion an Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): *Das Thema war dringend, weshalb wir die Motion einreichten.*

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 5742/2010): *Die Anreize zur Förderung emissionsarmer Fahrzeuge soll nicht zu mehr Verkehr führen, denn die Leute sollen weg vom Verbrennungsmotor hin zu Elektrofahrzeugen. Auch sollen sie zu Fuss gehen oder die ÖV nutzen. Es gibt aber Produkte, die transportiert werden müssen, dort weisen Elektrofahrzeuge die bessere Öko-Bilanz auf. Feinstaub und Luftverschmutzung sind ein grosses Problem und generieren hohe Gesundheitskosten. Der Stadtrat will verschiedene Massnahmen zur Förderung der emissionsarmen Fahrzeuge prüfen und die Motion soll das unterstreichen. Die Energiewende wollen wir, jedoch nicht im Höllentempo. Es braucht Übergangslösungen hin zur 2000-Watt-Gesellschaft.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Ein Teil der Forderungen ist schon im Rahmen der Teilstrategie Mobilität abgedeckt. Es gibt auch ausserhalb der Stadt finanzielle Förderungsmassnahmen. Wir müssen das genau anschauen, damit wir nichts fördern, was schon geför-*

dert wird. Am Schluss sind es immer noch Fahrzeuge, die Platz brauchen und nicht die Velos oder die zu Fuss Gehenden konkurrenzieren. Der Stadtrat beantragt die Ablehnung der Motion, würde aber ein Postulat entgegennehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürlimann (SVP): Die Motion will mit staatlichen Eingriffen ein ideologisches Weltbild durchsetzen. Die Eingriffe weiten die staatlichen Befugnisse der Beamten aus, sie weiten die Staatsquote aus und die Macht des Staates gegenüber dem Individuum. Es ist absurd, eine willkürliche Quote festzulegen und mit Zwangsmassnahmen durchzusetzen. Die SVP sagt dazu Nein und lehnt Motion und Postulat ab.

Marianne Aubert (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Die SP lehnt die Motion ab und unterstützt das Postulat mit einer Textänderung. Es ist eine Motion mit hohen Kosten und wenig Nutzen. Umweltschonend ist nicht unbedingt emissionsarm und umgekehrt. Zum Beispiel verbrauchen ethanolbetriebene Fahrzeuge Unmengen von Nahrungsmitteln. Autos, die in Zürich subventioniert werden, fahren überall. Warum soll also die Stadt das finanzieren? Die städtische Mobilitätsstrategie, die dazu anregt, zu Fuss zu gehen oder Velo und ÖV zu benutzen, senkt die Schadstoffbelastung genügend nachhaltig.

Dr. Martin Mächler (EVP) ist mit der Textänderung sowie mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden: Wir möchten niemals, dass es nachher mehr Elektro-Fahrzeuge gibt. Wir wollen, dass die Leute, die sowieso schon ein Auto haben für ihren Warentransport, umsteigen auf Elektroautos.

Adrian Gautschi (GLP): Auch die GLP begrüsst die Förderung umweltbewusster Autos. In Zürich werden die Grenzwerte 50 Mal häufiger überschritten als sie sollten. Wir sagen Nein zur Motion, aber Ja zum Postulat mit dem Textänderungsantrag.

Bernhard Piller (Grüne): Die Stadt ist einfach nicht für Autos gemacht. Lärm, Platz, Unfälle – das sind alles Faktoren, denen es egal ist, mit welchem Antrieb das Auto rumfährt. Wie kann ein motorisiertes Individualfahrzeug umweltschonend sein? In einer Gesamtressourcenbilanz muss man die Infrastruktur und die Entsorgung des Fahrzeugs mit einberechnen.

Marc Bourgeois (FDP): Dem Stadtrat und den Grünen geht es nicht darum, dass Autos umweltschädlich sind. Auch ein Auto, das weniger Ausstoss hat, als ein halb leerer Bus ist noch ein böses Auto, weil es individuell ist und wir bevorzugen ja alle das Kollektiv. Wenn die Stadt nicht für Autos gemacht wird, sollten die Grünen am besten Schranken aufstellen für die Autos, die aus der Stadt rausfahren. Die FDP glaubt nicht, dass auf kommunaler Ebene weitere als die bereits angedachten Massnahmen erforderlich oder zulässig sind. Auch Elektrofahrzeuge brauchen Strom. Nein zur Motion, zum Postulat und zur Textänderung.

Roger Liebi (SVP): Die Grünen wollen kein einziges Auto in der Stadt Zürich und offenbar auch keine Subventionierungen. Ausgerechnet die Vertreter des ÖV – als wenn dieser nicht subventioniert wäre! Lassen sie den Stadtrat sich erst mit dem Umverkehr befassen.

Martin Bürlimann (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie emissionsarme Fahrzeuge auf dem Gebiet der Stadt Zürich gefördert werden können, mit dem Ziel der Reduktion des restlichen MIV. Dabei sollen umweltschonende, emissionsarme Fahrzeuge dann gefördert werden, wenn im Gegenzug die Anzahl fossil betriebener Fahrzeuge entsprechend reduziert wird. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Verordnung zur Förderung des Verkehrs umweltschonender, emissionsarmer Fahrzeuge (Hybrid-, Elektro-, Biogasantrieb, u.a.) auf dem Gebiet der Stadt Zürich zu unterbreiten. Ziel dieser Verordnung ist es, den Anteil an Haltern von solchen emissionsarmen und, sobald die technische Entwicklung soweit ist, schadstofffreien, umweltschonenden Fahrzeugen mit Wohnsitz in der Stadt Zürich innerhalb spätestens 20 Jahren auf mind. 75% zu erhöhen sowie den Anteil am Modal Split in der Kategorie MIV durch solche Fahrzeuge auf Stadtgebiet innerhalb desselben Zeitraums auf mind. 50% zu erhöhen. Um diese Ziele zu erreichen, formuliert die Verordnung einen entsprechenden Zeitplan und ein geeignetes Bündel an Massnahmen.

Das Postulat GR Nr. 2013/1 (statt Motion GR Nr. 2010/151, Umwandlung) wird mit 54 gegen 61 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Persönliche Erklärungen:

Mauro Tuena (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Zulässigkeit der Textänderung zur Motion GR 2010/151.

Niklaus Scherr (AL) hält eine persönliche Erklärung zur Zulässigkeit der Textänderung zur Motion GR 2010/151.

3479. 2010/186

**Motion von Marcel Z'graggen (CVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 14.04.2010:
Erhöhung der Anzahl Ausbildungsplätze im Bereich Fachangestellte
Gesundheit (FaGe)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

Dr. Martin Mächler (EVP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 5769/2010) und ist einverstanden, diese in ein Postulat umzuwandeln: Wir zählen immer weniger Leute, die sich in Pflegeberufen ausbilden lassen. Dagegen steigt die Anzahl der Bedürftigen. Deshalb findet ein Import von Pflegenden aus den umliegenden Ländern statt. Der Beruf sollte wieder attraktiv sein und Lehrstellen geschaffen werden. Die Situation muss man im Auge behalten und die Stadt muss dort aktiv bleiben.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Wir können die Motion als solche nicht annehmen. In der Stadt werden sehr viele Fachangestellte Gesundheit (FaGe) ausgebildet. Wir haben viel in Ausbildungs- und Arbeitsplätze investiert. Es ist wichtig, dass auch die Privaten Ausbildungsplätze anbieten, sowie die anderen Spitäler. Wir müssen prüfen, welche Betriebe welche Grenzen haben, ohne dass die Qualität der Ausbildung leidet. Deshalb ist es wichtig, dass wir gute Bedingungen bieten können und zeitgemässe Löhne.*

Weitere Wortmeldungen:

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Die SP ist auch der Meinung, die Motion als Postulat zu überweisen. Es ist eine grosse Herausforderung FaGe's auszubilden. Einerseits für die Betriebe, die sich Zeit nehmen müssen für eine gute Qualität, denn der Ausbildungsbereich hat mit Menschen zu tun. Je mehr Ausbildungsplätze man anbietet, desto mehr Wechsel gibt es in den einzelnen Betrieben. Wir haben ein gutes Mass gefunden in den städtischen Abteilungen. Die Privaten müssen nachziehen und der Kanton bietet finanzielle Unterstützung, damit wir Ausbildungsplätze auch in diesen Bereichen bekommen.

Christoph Spiess (SD): Wir unterstützen den Vorstoss, auch in der Motionsform. Man kann nicht unbegrenzt Ausbildungsplätze schaffen, denn wir brauchen genauso Angestellte, die ausbilden. Man sucht Personal im Ausland und schiebt so den Mangel vor sich her bis zur nächsten Generation. Viel zu viele hoch qualifizierte Leute drängen nur in den Hochschulbereich, sodass im Gesundheitswesen Knappheit herrscht.

Ruth Anhorn (SVP): Die Stadt hat in den letzten Jahren schon einiges unternommen im Bereich Pflege. Mit diesen Massnahmen haben die städtischen Betriebe ihre Kapazitäten im Ausbildungssegment erreicht. Die Stadt kann die grundsätzlichen strukturellen Probleme nicht alleine lösen, da ist auch der Kanton gefordert. Es macht keinen Sinn, Lehrstellen im Pflegebereich anzubieten, wenn zu wenig Personal zur Betreuung der Lernenden zur Verfügung steht. Die Qualität muss gewährleistet sein. Wir lehnen deshalb Postulat sowie Motion ab.

Alexander Jäger (FDP): Die FDP lehnt Motion wie Postulat ebenfalls ab. Wir sind jetzt auf dem richtigen Weg und müssen dies nicht weiter forcieren.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Ich finde es unglaublich, dass die SVP gegen Lehrstellen ist, und beantrage deshalb, dass wir die Abstimmung unter Namensaufruf durchführen.

Ruth Anhorn (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Andrea Nüssli-Danuser (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Andrea Nüssli-Danuser (SP) mit 113 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
002	Abele	Martin	Grüne	JA
032	Altinay	Petek	SP	JA
151	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
051	Ammann	Jürg	Grüne	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
110	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
059	Bär	Linda	SP	--
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN

045	Beer	Duri	SP	JA
113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN
038	Bernhard	Irene	GLP	JA
106	Blöchlinger	Patrick	SD	JA
161	Bosshard	Gerhard	EVP	JA
117	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
017	Brander	Simone	SP	JA
170	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
049	Denoth	Marco	SP	JA
153	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN
035	Dubno	Samuel	GLP	JA
057	Dubs	Marianne	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	--
166	Egger	Urs	FDP	NEIN
175	Erfigen	Monika	SVP	--
030	Esseiva	Nicolas	SP	JA
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
063	Feuillet	Dominique	SP	JA
071	Filli	Peider	Grüne	JA
031	Fischer-Schmitt	Renate	SP	JA
003	Frei	Dorothea	SP	JA
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	NEIN
036	Gautschi	Adrian	GLP	JA
046	Glaser	Helen	SP	JA
009	Graf	Davy	SP	JA
033	Gut	Christoph	SP	JA
119	Hagger	Joachim	FDP	--
156	Haller	Margrit	SVP	NEIN
144	Halser-Furrer	Michèle	EVP	JA
116	Hänni-Etter	Cécilia	FDP	NEIN
176	Hauri	Theo	SVP	NEIN
050	Hintsch	Gustav	Parteilos	JA
029	Hochreutener	Andrea	SP	JA
147	Hohl	Marc	FDP	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
094	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
037	Hüni	Guido	GLP	--
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
070	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
023	Käser	Philipp	GLP	JA
132	Kessler	Alain	FDP	NEIN
083	Kirstein	Andreas	AL	JA
054	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
055	Knauss	Markus	Grüne	JA
041	Küng	Peter	SP	JA

069	Kunz	Markus	Grüne	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
131	Lauber	Tamara	FDP	NEIN
001	Leiser	Albert	FDP	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	--
160	Mächler	Martin	EVP	JA
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
101	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	JA
072	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
092	Meier	Daniel	CVP	JA
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
157	Müller	Rolf	SVP	NEIN
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	JA
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
081	Recher	Alecs	AL	JA
173	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
012	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
053	Rykart	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
154	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	NEIN
148	Schmid	Urs	FDP	NEIN
103	Schönbächler	Marcel	CVP	JA
141	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
028	Seidler	Christine	SP	JA
135	Sidler	Bruno	SVP	NEIN
016	Silberring	Pawel	SP	JA
120	Simon	Claudia	FDP	NEIN
105	Spiess	Christoph	SD	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
088	Steiner	Kathy	Grüne	JA
019	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
099	Traber	Christian	CVP	JA
025	Trevisan	Guido	GLP	JA

108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
133	Uttinger	Ursula	FDP	--
015	Utz	Florian	SP	JA
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	JA
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
039	von Planta	Gian	GLP	JA
097	Weyermann	Karin	CVP	JA
024	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
082	Wolff	Richard	AL	JA
066	Würth	Eva-Maria	SP	JA
020	Wüthrich	Katrin	SP	JA
047	Wyler	Rebekka	SP	JA
073	Wyss	Thomas	Grüne	JA

Das Postulat GR Nr. 2013/2 (statt Motion GR Nr. 2010/186, Umwandlung) wird mit 80 gegen 38 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3480. 2013/3

Motion der AL-, CVP-, Grüne- und SP-Fraktion vom 09.01.2013: BZO, Definierung von Rahmenbedingungen für einen Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen in Gestaltungsplänen

Von der AL-, CVP-, Grüne- und SP-Fraktion ist am 9. Januar 2013 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Änderung der BZO vorzulegen, mit der die Rahmenbedingungen definiert werden, unter denen ein Mindestanteil von preisgünstigen Wohnungen in Gestaltungsplänen festgelegt werden kann.

Ein Mindestanteil von preisgünstigen Wohnungen soll insbesondere dann geprüft und im Rahmen einer umfassenden Güterabwägung vereinbart werden können, wenn mit dem Gestaltungsplan wertvermehrende Um- oder Aufzonungen verbunden sind.

In einem Ergänzungsplan können die Gebiete bezeichnet werden, in denen ein Mindestanteil von preisgünstigen Wohnungen angestrebt werden sollen.

Mit dem Planerlass sind im Einzelfall folgende Festlegungen in analoger Anwendung der betreffenden Bestimmungen der kantonalen Wohnbaugesetzgebung vertraglich zu regeln:

- Obergrenzen für die gesamten Investitions- und Baukosten;
- Regelungen über die Bildung von Rückstellungen zwecks Äufnung eines Erneuerungs- und Amortisationsfonds;
- Anwendung der Kostenmiete mit Beschränkung der Nebenkosten.
- Die für die Erstellung von preisgünstigen Wohnungen festgelegte Fläche darf während der Gültigkeit des Gestaltungsplans nicht zweckentfremdet werden.

Begründung:

Im Juli 2011 hat der Stadtrat die Weisung zur Einzelinitiative Schiller verabschiedet. Die Beratungen in der Spezialkommission HBD/Stadtentwicklung haben gezeigt, dass das Anliegen der Initiantin im Rahmen des geltenden Baurechts aufgenommen werden können, wenn

- ein Mindestanteil preisgünstiger Wohnungen nur im Rahmen wertvermehrender Um- und Aufzonen in Gestaltungsplänen festgelegt wird;
- entsprechende Bestimmungen im Einvernehmen mit den Grundeigentümern und damit freiwillig in den Gestaltungsplan aufgenommen werden;
- auf ein Vorkaufsrecht der Gemeinde verzichtet wird.

Um die wohnpolitischen Ziele des Stadtrats umsetzen zu können, in Gebieten mit einem Verdichtungspotential eine auch sozial ausgewogene Stadtentwicklung zu ermöglichen und Transparenz für die an einer Verdichtung mit sozialer Durchmischung interessierten Grundeigentümer herzustellen, sollen in der BZO die Rahmenbedingungen für Gestaltungspläne definiert werden, in denen ein Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen festgelegt wird.

Mitteilung an den Stadtrat

3481. 2013/4

Motion von Roger Bartholdi (SVP) und Sven Oliver Dogwiler (SVP) vom 09.01.2013:

Offenlegung von Interessenbindungen, Nebenbeschäftigungen und finanziellen Beteiligungen sowie Regelung von Ausstandspflichten für die Mitglieder des Stadtrats

Von Roger Bartholdi (SVP) und Sven Oliver Dogwiler (SVP) ist am 9. Januar 2013 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Verordnung zu unterbreiten, welche für die Mitglieder des Stadtrates folgende Punkte regelt:

- die Offenlegung von Interessenbindungen, analog Art. 23ter der Gemeindeordnung der Stadt Zürich, inklusive Mitgliedschaften in leitenden Gremien wirtschaftlicher und politischer Organisationen;
- die Meldepflicht aller bezahlten und unbezahlten Nebenbeschäftigungen, die nicht von Amtes wegen wahrgenommen werden;
- die Offenlegung von finanziellen Beteiligungen an Unternehmungen;
- Regelung von Ausstandspflichten;
- Zulässigkeit bzw. Einschränkungen/Ausschlüsse von Mitgliedschaften, Mandaten oder Nebenbeschäftigungen.

Begründung:

Die Mitglieder des Stadtrates üben ein Vollamt für die Stadt Zürich aus. Als Exekutive haben die Mitglieder des Stadtrates eine erhöhte Verantwortung. Sowohl bei Mandaten, die von Amtes wegen wahrgenommen werden müssen, als auch bei weiteren (privaten) Mandaten und Nebenbeschäftigungen besteht ein berechtigter Anspruch der Öffentlichkeit auf Transparenz. Bei unterschiedlichen Beschäftigungen und/oder Beteiligungen besteht stets die Gefahr einer Interessenkollision. Eine Offenlegung von Interessenbindungen ist deshalb angezeigt.

Zur Vermeidung von Interessenkonflikten ist dem Gemeinderat eine Verordnung vorzulegen, welche für Mitglieder des Stadtrates klare Richtlinien für die Offenlegung von amtlichen und privaten Interessenbindungen definiert und sowohl Ausstandspflichten als auch Zulässigkeit und Umfang von Nebentätigkeiten regeln.

Mitteilung an den Stadtrat

3482. 2013/5

**Postulat von Dr. Esther Straub (SP) und Kathy Steiner (Grüne) vom 09.01.2013:
Verkehrsberuhigende Massnahmen auf dem an das Areal Kronenwiese angrenzenden Teilstück der Kronenstrasse**

Von Dr. Esther Straub (SP) und Kathy Steiner (Grüne) ist am 9. Januar 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf dem ans Areal Kronenwiese angrenzenden Teilstück der Kronenstrasse der Verkehr mit griffigen Massnahmen beruhigt werden kann, so dass insbesondere Kinder das Strassenstück ohne Gefahr queren können.

Begründung:

Das ans Areal Kronenwiese angrenzende Teilstück der Kronenstrasse ist heute nur bis zur Hälfte mit dem Auto befahrbar, es gilt Tempo 50. Aufgrund einer an ihrem unteren Ende geplanten Glasentsorgungsstelle wird die Strasse nun in ihrer ganzen Länge für den Autoverkehr geöffnet. Die Erschliessung der Siedlung (insbesondere Zulieferung Gewerbe) erfolgt ebenfalls über die Kronenstrasse, zudem werden die acht am unteren Strassenende neu erstellten blauen Parkfelder Suchverkehr generieren. Da sich an der Kronenstrasse ein von Kindern und insbesondere von Kleinkindern stark frequentierter Eingang zum Park Schindlergut befindet und in der neuen Wohnsiedlung ausserdem ein Doppelkindergarten sowie eine Krippe betrieben werden, soll der Verkehr auf der Strasse möglichst beruhigt werden. In der Sackgasse durchgeführte Wendemanöver oder Rückwärtsfahrten stellen insbesondere für Kinder eine grosse Gefahr dar. Die Strasse soll für Velofahrende durchgängig befahrbar bleiben.

Mitteilung an den Stadtrat

3483. 2013/6

**Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 09.01.2013:
Spurreduktion am Vorderberg, bessere Abschätzung der Konsequenzen des geplanten Spurabbaus**

Von Marc Bourgeois (FDP) und Severin Pflüger (FDP) ist am 9. Januar 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Konsequenzen der geplanten Spurreduktion am Vorderberg im Rahmen eines mehrwöchigen Versuchsbetriebs mit nur einer MIV-Spur besser abgeschätzt werden können.

Begründung:

Das Tiefbauamt plant am Vorderberg, nachdem die Idee einer Halbinsellösung aus verkehrstechnischen Gründen verworfen werden musste, einen Spurabbau entlang der Tramhaltestelle.

Während die heute vorliegenden Pläne immerhin verhindern, dass die Bergstrasse – und damit auch die Buslinie 33 – in den Stosszeiten unter noch längeren Staus leiden und der Individualverkehr grossräumig in die Quartiere abgedrängt wird, ist weiterhin unklar, welche Konsequenzen der weiterhin geplante Spurabbau hätte. Das TAZ hat eine theoretische Staulänge von 132 m auf der Gladbachstrasse errechnet. Die tatsächliche Staulänge, aber auch die Konsequenzen für das Quartier (Schleichverkehr, Lärm) und für die Mobilität bleiben aber im Dunkeln.

An der besagten Stelle kann die abzubauende Spur mit einfachen Mitteln temporär gesperrt werden. Bevor Millionen verbaut werden, könnten die Folgen so kostengünstig abgeschätzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

3484. 2013/7

Interpellation der AL-Fraktion vom 09.01.2013:

Bauliche Verdichtung in der Stadt, Verdichtungspotenzial sowie Auswirkungen auf den Wohnraum, die Entwicklung der Mietpreise und die gemeinnützigen Bauträger

Von der AL-Fraktion ist am 9. Januar 2013 folgende Interpellation eingereicht worden:

Im Zusammenhang mit der anstehenden BZO-Revision wird immer wieder von der Notwendigkeit zusätzlicher baulicher Verdichtung gesprochen. Im Bericht zur Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) fordert der Stadtrat eine „sozialverträgliche bauliche Verdichtung“, die „nicht einseitig zulasten statusniedriger Quartiere gehen“ dürfe. Eine höhere Erneuerungsrate sei erwünscht, „der damit einhergehende Verlust an günstigem Wohnraum verlangt sowohl von den privaten Immobilienbesitzern als auch von der Stadt ein behutsames Vorgehen“ (S. 18).

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch ist die aktuelle bauliche Ausnützung und das theoretische Verdichtungspotenzial im Wohnungsbau in der aktuellen BZO nach Zonentypen resp. Stadtkreisen (Bruttogeschossfläche resp. Anzahl Wohnungen)?
2. Wie hoch ist die realistisch zu erwartende Ausschöpfung bis 2030 (gleiche Aufschlüsselung)? Wieviel davon entfällt auf Umnutzungsareale und auf Areale mit Wohnungsbestand? Mit welchem Anteil an Abbrüchen rechnet der Stadtrat bei Verdichtungen im Bestand?
3. Wie gross ist der Anteil der gemeinnützigen Bauträger an der theoretisch möglichen resp. realistisch erwarteten baulichen Verdichtung (gesamstädtisch und nach Stadtkreisen)?
4. Wie gross sind die aktuellen Bauzonenflächen der W2 (ohne W2b)? Wie verteilen sie sich auf die einzelnen Stadtkreise? Welcher Anteil entfällt auf gemeinnützige Bauträger? Wie hoch sind die darin heute bestehenden Ausnutzungsreserven? Was für zusätzliche Verdichtungsreserven könnten durch eine generalisierte Aufzonung in die W3 gewonnen werden, wie sie die GLP vorschlägt?
5. Wie hoch war die Zahl der jährlich abgebrochenen Wohnungen im Zeitraum 1990-2000 und 2000-2010 resp. 2011 und 2012 und die Perspektiven bis 2030? Welche Quartiere sind besonders von Wohnungsabbrüchen betroffen? Welcher Anteil der Abbrüche entfällt auf Baugenossenschaften? Wie ist die Saldobilanz an Wohnungen vorher/nachher?
6. In welcher Spanne haben sich die Mietpreise pro m2 zwischen Altbestand und Neubauwohnungen verändert und wie wirkt sich der grössere Flächenverbrauch bei gleichen Wohnungstypen aus (bitte konkrete Beispiele für Mittelwerte und Extrempositionen im privaten und im gemeinnützigen Bereich mit effektiven und nicht den vorausberechneten Mietzinsen wie in der „Dichter“-Studie)?
7. Nach welchen Kriterien definiert der Stadtrat die „Sozialverträglichkeit“ der baulichen Verdichtung? Mit welchen konkreten Massnahmen will er diese Leerformel mit Inhalt füllen? Was sieht er namentlich vor, um der Verdrängung und Vertreibung langjähriger Mieter im AHV-Alter entgegenzuwirken?
8. Gibt es spezielle Untersuchungen, resp. ein Monitoring, zu den Zügelbewegungen von Personen, die ihre Wohnung wegen der Realisierung von Ersatzneubauten verloren haben (Angaben nach Einkommenskategorien und Wohnortwechsel innerhalb und ausserhalb der Stadt Zürich)? Wenn nein: Erachtet der Stadtrat ein solches Monitoring nicht für wünschenswert?
9. Fasst er, namentlich bei grossräumigen Erneuerungs- und Verdichtungsprojekten, die Anwendung der Vorschriften über die Gebietssanierung (PBG § 186 ff.), die auch soziale Leitplanken vorsehen, ins Auge? Wenn nein: warum nicht?
10. Was für Massnahmen sieht der Stadtrat vor, um bei Aufstockungen im Bestand Gesamt-Leerkündigungen und der damit verbundenen sozialen Entmischung entgegenzuwirken?
11. Mit welchen Massnahmen will der Stadtrat erreichen, dass bei grösseren Nachverdichtungsprojekten Privater auch ein Mindestanteil preisgünstig vermieteter Wohnungen geschaffen wird, wie es der wohnpolitische Grundsatzartikel verlangt?

Mitteilung an den Stadtrat

3485. 2013/8

Interpellation der AL-Fraktion vom 09.01.2013:

Art und Umfang der Wertsteigerungen als Folge von Ein-, Um- und Aufzonungen sowie Beteiligung des Gemeinwesens an den Wertsteigerungen

Von der AL-Fraktion ist am 9. Januar 2013 folgende Interpellation eingereicht worden:

Als Folge von Um-, Auf- und Einzonung von Grundstücken können Grundstücke höher oder werterschöpfungsmässig intensiver ausgenützt werden. Der gleiche Effekt kann auch durch Gestaltungspläne, Sonderbauvorschriften und Arealboni erreicht werden. Dadurch steigt in der Regel der Landwert und es entstehen grosse, mitunter gewaltige Mehrwerte. Diese Wertsteigerungen sind Ergebnisse von Akten der Verwaltung respektive von Volksentscheiden. Diesen Gewinnen liegt keine Arbeitsleistung oder sonstige Leistung der Grundeigentümer zugrunde. Es handelt sich um sogenannte ‚arbeitslose Gewinne‘. Ein Teil dieser Gewinne wird allenfalls durch die Grundstücksgewinnsteuer besteuert und kommt somit dem Gemeinwesen zugute. Weitere Abgaben erfolgen mitunter in Form einer, in der Regel bescheidenen, Beteiligung der Grundeigentümer an allgemeinen Infrastrukturleistungen, von denen wiederum die Grundeigentümer überdurchschnittlich profitieren (Kanalisation, Erschliessung, Parks usw.).

Im Zuge der zum Teil spektakulären Gewinne, die mit solchen Geschäften in den letzten Jahren erreicht wurden, und im Hinblick auf die bevorstehende BZO-Revision interessiert es, wie das Gemeinwesen stärker an diesen Wertsteigerungen beteiligt werden kann, auch im Sinne eines Beitrags an die durch die intensiveren Nutzungen fällig werdenden Investitionen in die Infrastrukturen.

1. Welche Mehrwerte wurden in den vergangenen 15 Jahren in Zürich durch Ein-, Um- und Aufzonungen (inklusive Sondernutzungspläne) geschaffen? Gewünscht werden – exemplarisch - insbesondere Angaben zu Grundstücken in Zürich West (z.B. Maag-Areal), Stadtraum HB (Europaallee und Zollstrasse), Letzibach (SBB), Westlink (v.a. SBB), Löwenbräu, Hürlimann, Zollfreilager, Leutschenbach.
2. In welchem Umfang wurden infolge Wertsteigerungen nach Umzonungen in Zürich West Grundstücksgewinnsteuern bezahlt?
3. In welchem Umfang konnten (und können noch) Grundeigentümer von (partiellen) Steuerbefreiungen profitieren? Diese Frage interessiert vor allem bei Transaktionen, Um- und Aufzonungen, in denen SBB, ZKB und andere staatliche oder staatsnahe Grundeigentümer involviert waren.
4. Welche Beiträge haben private Grundeigentümer und / oder Investoren, die von Ein-, Um- und Aufzonungen profitierten, an die Kosten von Infrastrukturen (Parks, Strassen, öffentlichen Verkehr, Kanalisation, Schulen usw.) geleistet? Gewünscht wird eine Übersicht über grössere Projekte und Areale der letzten 15 Jahre. Insbesondere interessieren die Beiträge im Fall des Pfingstweidparks, beim Gleisbogenpark Zürich West.
5. Welche grösseren Areale, Entwicklungsgebiete und Quartier(teile) werden in Zukunft ein-, um- oder aufgezonzt? Welche Mehrwerte werden dadurch (geschätzt) erzielt? Wie kann und soll der Mehrwert berechnet werden? Wie, in welcher Form und in welchem Umfang können Mehrwerte abgeschöpft werden? Gewünscht wird eine Übersicht über grössere Projekte und Areale ungefähr der kommenden 10 Jahre.
6. Wie wird sich der Stadtrat zukünftig zur Frage der Mehrwertabschöpfung stellen? Welchen Prozentsatz hält er bei der Mehrwertabschöpfung für vertretbar? (Das Bundesgericht hält eine Abschöpfung bis 60% für zulässig.)
7. Inwiefern kann das Instrument des Quartierplans eingesetzt werden, um eine stärkere Beteiligung der Grundeigentümer an den Infrastrukturkosten zu erreichen?

Mitteilung an den Stadtrat

3486. 2013/9

Interpellation der AL-Fraktion vom 09.01.2013:

Stadtentwicklung im Rahmen der Teilrevision BZO, planerische Zusammenarbeit über die politischen Grenzen der Stadt hinaus

Von der AL-Fraktion ist am 9. Januar 2013 folgende Interpellation eingereicht worden:

Seit rund 90 Jahren besteht – oder anders betrachtet: stagniert – das politische Zürich in seiner heutigen Ausdehnung. Davon unbeirrt sind die weiteren umgebenden Gemeinden längst verwachsen mit der Stadt, die Ausdehnung nicht der politischen, aber der faktischen Stadt geht auch heute weiter. So findet sich die Stadt Zürich in der Situation, dass sie in eigener Kompetenz wohl ihr Gebiet planen kann und dies mit der

Teilrevision der BZO aktuell auch detailliert tut, eine sinnvolle Planung aber stark von der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden abhängt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welches Gebiet bezieht der Stadtrat mit ein, wenn er über die Entwicklung der Stadt Zürich reflektiert?
2. Wie läuft die planerische Zusammenarbeit über die politischen Grenzen hinaus heute (Gremien, Möglichkeiten, wer agiert proaktiv, Themen, etc.)? Wie beurteilt der Stadtrat diese sowohl im Nutzen für die Stadt als auch in ihrem Nutzen für die Anliegen des Grossraums der faktischen Stadt?
3. Welche Rolle nimmt der Kanton Zürich heute ein in der Planung der faktischen Stadt und wie beurteilt der Stadtrat diese?
4. Diskutiert der Stadtrat in der Ausarbeitung der aktuellen BZO-Teilrevision auch mit anderen Gemeinden? Ist geplant, diese zur Vernehmlassung einzuladen? Wenn ja, welche?
5. Welche Bedürfnisse oder Projekte der Stadt und welche regional relevanten Bauten sieht der Stadtrat als geeignet, um in Kooperation mit dem Grossraum Zürich zu diskutieren und zu planen, welche als zwingend? (Beispiele: Stadien, Kongresszentren, Messehallen, Hochschulen)
6. In wie weit sind neue demokratische Prozesse bereits in Diskussion oder zumindest für den Stadtrat denkbar, welche die Bevölkerung von politischer Stadt Zürich *und* der damit verwachsenen Agglomeration, die heute eigentlich eine Stadt bilden, gleichermassen an den Entscheiden über die Raumplanung und –entwicklung beteiligen? Die Frage bezieht sich nicht primär auf die heutigen Strukturen von Gemeinden und Kanton, sondern auf die Reflektion darüber, ob diese noch zeitgemäss sind und wie weit neue demokratische Prozesse gedacht werden (also nicht Fusionen sondern z. B. neue Planungsregionen).
7. Wie werden Planungen in den ehemaligen Industriezonen ausserhalb der politischen Stadt Zürich gehandhabt, findet eine Kooperation zwischen verschiedenen Gemeinden statt? Zu denken ist an Gemeinden und Städte wie Schlieren, Kloten, Dietikon, Dübendorf etc.
8. In der Entwicklung des Glattals hat die Glattalbahn und damit auch die Stadt Zürich als Partnerin (und nicht zuletzt als Grundeigentümerin) wichtigen Einfluss gehabt und entsprechend Erfahrungen gemacht. Welche Lerneffekte, positive wie negative, zieht der Stadtrat daraus für die Entwicklung von Limmattal und Limmattalbahn? Welche Entscheide sind in dieser Entwicklung bereits in Stein gemiselt und wo bestehen noch Einflussmöglichkeiten?
9. Durch die Schliessung des Güterbahnhofs stellt sich die Frage der Infrastruktur für die Erschliessung der Stadt Zürich mit Gütern in Zukunft. Wie denkt sich diese der Stadtrat, insbesondere auch aus der Perspektive möglichst wenig Strassenverkehr zu generieren und dem Grossraum Zürich gerecht zu werden?
10. Eine konkrete Entwicklung ist die geplante Verlegung der Planzer AG von Altstetten nach Dietikon. Bisher wurden in Altstetten die Güter von der Bahn auf die Strasse verlagert und ab da stadintern feinverteilt. In Zukunft werden mit Dietikon die Wege auf der Strasse länger – was schwer vereinbar ist mit einer ökologischen Stadt. Wie stellt sich der Stadtrat zu diesem Vorhaben? Ist er in dieser Angelegenheit bereits aktiv geworden gegenüber den Privaten und der Stadt Dietikon (ohne deren Zustimmung das Projekt der Planzer AG nicht verwirklicht werden kann)?

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Motionen, die zwei Postulate und die drei Interpellationen werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

3487. 2013/10

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Marcel Savarioud (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP) und 52 Mitunterzeichnenden vom 09.01.2013:
Fluglärmbelastung, durch die «Südstarts geradeaus» über das Stadtgebiet sowie Auswirkungen der Teilrevision des Luftfahrtgesetzes auf die Stadt**

Von Marcel Savarioud (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP) und 52 Mitunterzeichnenden ist am 9. Januar 2013 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der vom Volk angenommene Zürcher Fluglärm Index erreichte 2011 eine neue Rekordhöhe und wurde seit Einführung dieses Messinstrumentes bereits zum dritten Mal überschritten. Die Anzahl der durch Fluglärm in der Nacht im Schlaf stark gestörten Personen hat sich seit 2000 um 15 % erhöht, obwohl sich in der glei-

chen Zeit die Flugbewegungen von 325'000 auf 279'000 reduziert haben. Die Verlängerung der Nachtruhe ist eine effektiv wirksame Lärmschutzmassnahme, um diesen Trend entgegenzuwirken.

Zu den bereits bestehenden Lärmbelastungen der Stadt Zürich insbesondere von Schwamendingen und Witikon durch Südanflüge und Südstarts, drohen neue Belastungen durch Südstarts geradeaus hinzukommen. So sollen gemäss der verantwortlichen Bundesrätin Doris Leuthard die „Südstarts geradeaus“ nicht nur bei gewissen Wetterlagen zur Kapazitätssicherung, sondern auch zum Kapazitätsausbau täglich erfolgen. Der Südstart geradeaus ergibt die grösstmögliche Kapazität mit dem bestehenden Pistensystem, hat aber mit dem Staatsvertrag keinen Zusammenhang. Es gibt keine Flugroute die mehr Menschen einem Absturzrisiko und dem maximal möglichen Fluglärm aussetzt, als An- und Abflüge über den dichtbesiedelten Süden. Die Umweltschutzgesetzgebung sowie die gefallenen Volksentscheide im Kanton Zürich verlangen eine Lösung, die möglichst wenig Menschen mit Fluglärm belastet.

In dem nun seit mehr als zehn Jahre andauernden Streit um den Fluglärm geht es auch um die Frage, was für einen Flughafen Zürich und die Schweiz braucht. Rund um den Flughafen ist die Angst der Bevölkerung vor schrankenlosem Wachstum des Flughafens sehr gross. Immer wieder ist die Rede von einem sogenannten Cityflughafen.

Der Kanton Zürich hat bei Pistenverlängerungen sowie Betriebsreglementsänderungen das Vetorecht. Der Bund beabsichtigt mit einer Teilrevision des Luftfahrtgesetzes dem Kanton dieses Vetorecht zu nehmen. Gemäss Flughafengesetz kann der Kantonsrat bei Erreichen von 320'000 Flugbewegungen darüber entscheiden, ob auf eine Bewegungsbeschränkung hingewirkt werden soll.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Situation seit der neue Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz ausgehandelt wurde? Wie stellt sich der Stadtrat zum neuen Staatsvertrag?
2. Wie beurteilt der Stadtrat die Notwendigkeit von zusätzlichen Südstarts geradeaus?
3. Was hat der Stadtrat aktuell unternommen, um eine drohende Verschlechterung der Fluglärmbelastung insbesondere durch Südstarts geradeaus über Stadtgebiet zu unterbinden? Was plant der Stadtrat in Zukunft zu unternehmen?
4. Was für einen Flughafen braucht nach Ansicht des Stadtrates Zürich? Wie stellt sich der Stadtrat zu einem sogenannten Cityflughafen, welche es den Fluggesellschaften ermöglicht, ab Zürich möglichst gute Direktverbindungen in Europa und optimale Anschlüsse zu den wichtigsten weltweiten Zentren zu unterhalten (wie dies auch im Bericht über die Luftfahrtpolitik der Schweiz 2004 des Bundesrates steht)?
5. Ist der Stadtrat gewillt, sich für eine Verlängerung der Nachtruhe einzusetzen? Wenn Ja, wie lange soll die Nachtruhe dauern?
6. Wie stellt sich der Stadtrat zu der im Flughafengesetz verankerten Bewegungsbeschränkung bei 320'000 Flugbewegungen pro Jahr?
7. Wie steht der Stadtrat zu der beabsichtigten Entmachtung des Kantons durch den Bund in Flughafenfragen? Was wären nach Ansicht des Stadtrates die Auswirkungen für die Fluglärm betroffenen in der Stadt Zürich, wenn einzig der Bund über die künftigen Flugrouten entscheiden könnte?

Mitteilung an den Stadtrat

3488. 2013/11

Schriftliche Anfrage von Kyriakos Papageorgiou (SP) vom 09.01.2013: Praxis der jährlichen Klassen- und Schülerfotos in den Schuleinheiten der Stadt

Von Kyriakos Papageorgiou (SP) ist am 9. Januar 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit einigen Jahren arbeiten Schuleinheiten der Stadt Zürich mit der Creative Foto AG zusammen, um jährlich Klassen- und Schülerfotos zu machen. Die Lehrpersonen sind angehalten das Inkasso zu übernehmen. Jedes Jahr wird das angebotene Set aufwändiger und teurer. Letztes Jahr kam auch unsere Tochter wiederum mit einem Set nach Hause, das nicht nur Abzüge auf Papier unterschiedlicher Grösse und Stils, sondern auch Magnetfotos und eine Mausmatte im Gesamtwert von Fr. 132.- (Set-Preis Fr. 60.-) enthielt. Dabei geht es nicht etwa um die „Bestellmöglichkeit“, sondern um bereits hergestellte, individualisierte Produkte, die zumindest von uns NICHT bestellt worden sind.

Aus Sicht des Konsumentenschutzes ist es ein problematisches Vorgehen, weil die Eltern leicht unter Druck des Kindes, dem die attraktiv gemachten Produkte oft ansprechen und gefallen, geraten können. Es gibt immer noch Eltern, die kaum das Geld dafür haben; es gibt aber auch Eltern, die aus ökologischen und

moralischen Gründen (Masshalten) dagegen sind. Entweder geben sie nach, oder sie müssen ihre Grundsätze gegen das Kind durchsetzen, falls es nicht schon von sich aus den Kauf des Sets ablehnt. Dazu kommt, dass die Einzelpreise sehr hoch sind (Mausmatte und A4-Abzüge je 28 Fr.!). Die Produkte beruhen ja immer auf demselben Porträtfoto. In den Preisen muss höchstwahrscheinlich auch einkalkuliert werden, dass zum erheblichen Teil für den Müll produziert wird...

Die Praxis ist hochgradig unökologisch. Individualisierte Produkte ohne Bestellung auf Vorrat zu produzieren, die, wenn sie nicht gekauft werden, weggeworfen werden müssen, ist eine enorme Verschwendung von Ressourcen. Es ist genau diese Haltung, die unseren Planeten allmählich kaputt macht. Wir wissen es alle, aber verdrängen es tagtäglich. Dass die Schulen der Stadt Zürich dazu Hand bieten (Inkasso, Zeit, Raum), ist nicht akzeptabel. Gewiss findet sich in vielen Leitbildern unserer Volksschule das Prinzip des nachhaltigen Umgangs mit der Umwelt. Als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Zürich haben wir uns 2008 auch auf Nachhaltigkeit und auf die 2000-Watt-Gesellschaft verpflichtet.

1.	Klassenfoto	13 x 18 cm	Gratis
2.	16 Sticker mit Porträt des Kindes	13 x 18 cm	Fr. 15.-
3.	4 auf Magnetunterlage aufgezo- gene Fotos mit Porträt des Kindes	Gesamtgrösse 13x19 cm	Fr. 18.-
4.	Porträt des Kindes	15x20 cm	Fr. 15.-
5.	Klassenspiegel	20 x 28 cm	Fr. 28.-
6.	6 mal das Porträt des Kindes in verschiedenem Stil, s/w, farbig mit Rahmen etc.	20 x 28 cm	Fr. 28.-
7.	Mausmatte mit eingelegtem Porträt des Kindes	18x24 cm	Fr. 28.-
Summe der Einzelpreise			Fr. 132.-

Preis im Set Fr. 60. –

Angebot von Creative Foto AG, Hildisrieden LU, am Schulhaus unserer Tochter in der Stadt Zürich, Juni 2012.

Erinnerungsfotos sind etwas Schönes. Aber es geht sicher auch bescheidener. Die Volksschule sollte vorleben, dass wir auch mit weniger „Konsummöglichkeiten“ zufrieden sein können. Dazu braucht es sicherlich nicht das jährliche Angebot eines ausserkantonalen Fotografie-Grossbetriebs mit Magnetfotos und Mausmatte mit Kinderporträt. Warum nicht einen Quartierfotografen engagieren, der zum Beispiel jedes zweite Jahr ein Klassenfoto und ein Porträt nach Bedarf für einen vernünftigen Preis anbietet?

Als Vater schulpflichtiger Kinder und Stimmbürger der Stadt Zürich bitte ich sie auch im Namen vieler anderer Eltern schulpflichtiger Kinder, diese Foto-Praxis in den städtischen Schulhäusern zu unterbinden. Diesbezüglich habe ich nun an den Stadtrat folgende Fragen:

1. Welches sind die gesetzlichen Grundlagen der Zusammenarbeit der Stadt Zürich mit der Creative Foto AG, und wie ist im konkreten Fall die Ausgestaltung des möglicherweise vorhandenen Vertrages zwischen der Stadt Zürich und der Creative Foto AG? Falls keine solcher Vertrag existiert, wie ist dann die Zusammenarbeit geregelt?
2. Wie können die Lehrpersonen angehalten werden das Inkasso für eine Drittfirma zu übernehmen? Geschieht das in ihrer Freizeit und werden sie dafür von der Creative Foto AG entlohnt oder am Umsatz beteiligt?
3. Ist dem Stadtrat der Umstand bekannt, dass jedem Kind ein bereits hergestelltes und individualisiertes Produkt im oben erwähnten Umfang abgegeben wird, obwohl noch KEINE Bestellung seitens der Eltern vorliegt?
4. Wie stellt sich der Stadt zur Frage des Konsumentenschutzes? Ist es dem Stadtrat bewusst, dass durch diese Art von Produkteanbietung die davon betroffenen Eltern unter starkem Druck der Kinder geraten können die betreffenden Produkte zu erwerben und wie stellt er sich dazu?
5. Wie hoch schätzt der Stadtrat den Anteil von Käufen ein die getätigt werden um mögliche Konflikte beim Nichterwerb auszuweichen? Oder hat er sich zu diesem Punkt in all den Jahren noch keine Gedanken gemacht um eine Güterabwägung vorzunehmen?
6. Wie stuft der Stadtrat die Glaubwürdigkeit der eigenen Politik bezüglich Nachhaltigkeit und der 2000-Watt-Gesellschaft ein, wenn er es zugleich aktiv zulässt, dass Produkte für die Müllhalde produziert werden?
7. Wie hoch ist der Anteil der zurückgegebenen Artikel und wie und von wem werden diese entsorgt?
8. Falls das Schul- und Sportdepartement, respektive die Stadt Zürich, finanziell vom Verkauf dieser Artikel partizipiert hat, wie hoch sind die Beträge seit dieser Abmachung gewesen? Kann dieser Betrag da-

durch den erzieherischen und ökologischen Schaden rechtfertigen?

9. Ist der Stadtrat gewillt die beschriebene Praxis abzustellen und geeignete Massnahmen zu treffen um zu einem vernünftigeren Umgang mit Schulerinnerungsfotos zu kommen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3489. 2012/339

**Schriftliche Anfrage der AL-Fraktion vom 12.09.2012:
Technische Überwachungsgeräte im öffentlichen Raum, konkrete Einsätze sowie rechtliche Grundlagen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1596 vom 12. Dezember 2012).

3490. 2012/330

**Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) vom 05.09.2012:
Programm «Stadtverkehr 2025», Bewirtschaftung des städtischen Parkplatzangebots**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1643 vom 19. Dezember 2012).

3491. 2012/350

**Schriftliche Anfrage von Min Li Marti (SP) vom 19.09.2012:
Entwicklung der Grundstückgewinn- und Handänderungssteuer in der Stadt Zürich**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1646 vom 19. Dezember 2012).

3492. 2012/266

**Weisung vom 27.06.2012:
Theaterförderung, Rahmenkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 31. Oktober 2012 ist am 6. Dezember 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 16. Januar 2013.

3493. 2012/288

**Weisung vom 11.07.2012:
Kultur, Theater PurPur, Jahresbeitrag 2013–2016**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 31. Oktober 2012 ist am 6. Dezember 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 16. Januar 2013.

Nächste Sitzung: 16. Januar 2013, 17 Uhr.

